



STIFTUNG UMWELT
UND ENTWICKLUNG
NORDRHEIN-WESTFALEN



Foto: Jaromar Chalabala

Abschied vom Braunen Gold

Deutschlands Klimaschutzziele und das Rheinische Braunkohlerevier

Von Patrick Graichen, Gerd Rosenkranz und Philipp Litz

Seit dem historischen Klimaabkommen von Paris ist absehbar: Die Energieversorgung wird von nun an weltweit unter der Prämisse von Treibhausgasneutralität und Dekarbonisierung diskutiert. Für Deutschland als traditionelles Kohleland und als Land der Energiewende stellt dies eine besondere Herausforderung dar. Denn die für 2020, 2030, 2040 und 2050 fest-

gelegten Klimaziele bedeuten letztlich den Ausstieg aus der Kohleverstromung.

Der Berliner Think Tank „Agora Energiewende“ hat im Januar 2016 mit „Elf Eckpunkte für einen Kohlekonsens“ (<http://k-urz.de/4390>) einen Vorschlag vorgelegt, wie ein schrittweiser Ausstieg aus der Kohleverstromung aussehen könnte. Ziel des Impulspapiers

ist ein parteiübergreifender und auch gesellschaftlich breit verankerter Konsens, der allen Beteiligten Planungssicherheit und Verlässlichkeit gibt. Der Ausstieg binnen etwa 25 Jahren soll einen sozial ausgewogenen, wirtschaftlich verträglichen und fair gestalteten Übergang in das neue Energiesystem ebnen.

→ weiter auf Seite 3



Foto: Gordon Bussiek



Foto: Marc Darchinger



Foto: Ralph Goldmann

Energiepolitik

- Braunkohle versus Klimaschutz → Seite 1
- Stromkonzerne und Energiewende → Seite 5
- Kohle aus Südafrika → Seite 6

Aus der Stiftung

- Stiftungsjubiläum → Seite 2
- Abschied von der Stiftung: Interview mit Eberhard Neugebohrn → Seite 14

Wirtschaft

- Freihandel: → Seite 8
- Unternehmen gegen Staaten
- Unternehmensdialoge → Seite 12



Foto: Hans Blossey

Damit Deutschland seine Klimaschutzziele erreicht, müssen die Fördermengen in den verbleibenden Tagebaugebieten, wie hier in Garzweiler, reduziert werden.

→ Fortsetzung von Seite 1

Um das zu erreichen, muss ein besonderes Augenmerk auf Braunkohletagebau und -kraftwerke sowie auf den regionalen Strukturwandel gerichtet werden. Denn die drei Braunkohlereviere am Niederrhein, in der Lausitz und in Mitteldeutschland sind so etwas wie die Hotspots der Energiewende, die flächendeckend in ganz Deutschland stattfindet.

Kohle: viel Tradition, wenig Zukunft

Ohne die heimische Stein- und Braunkohle hätte weder die frühe Industrialisierung des 19. noch die umfassende Elektrifizierung Deutschlands zu Beginn des 20. Jahrhunderts stattfinden können. Auch im weiteren Verlauf blieb sie der wichtigste Motor für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung und für den Aufbau einer Montanindustrie, ohne die dem Industriestandort Deutschland die Basis gefehlt hätte. Doch nun neigt sich das Kohlezeitalter unter dem Imperativ des Klimawandels seinem Ende zu. Die Chancen stehen gut, dass dies sogar mit einer erfolgreichen Modernisierung und einer weiteren Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts einhergeht.

Bis 2020 sollen die nationalen Treibhausgasemissionen nach den Beschlüssen der Bundesregierung um mindestens 40 Prozent unter das Niveau von 1990 sinken, bis 2030 um mindestens 55 Prozent, bis 2040 um mindestens 70 Prozent und bis 2050 um 80 bis 95 Prozent. Um

die Klimaschutzziele zu erreichen, werden die Erneuerbaren Energien weiter ausgebaut. 2015 stammte schon fast ein Drittel des deutschen Stromverbrauchs aus erneuerbaren Quellen. Trotz dieses Erfolgs sind die Treibhausgasemissionen aus der Stromerzeugung seit der Jahrtausendwende jedoch kaum gesunken, insbesondere weil immer mehr Strom aus Kohlekraftwerken ins Ausland exportiert wird. Auf Dauer kann Deutschland jedoch nicht Energiewendeland sein und Kohleland bleiben. Ohne zusätzliche nationale Maßnahmen zur Minderung der Emissionen aus dem Stromsektor werden die klimapolitischen Ziele nicht nur kurz-, sondern auch mittel- und langfristig deutlich verfehlt. Der Kohleausstieg ist deshalb ohne Alternative.

Auch international rückt die Frage nach der Zukunft der Kohle immer stärker in den Fokus. Insbesondere befeuern die Beschlüsse des Pariser UN-Klimagipfels im Dezember 2015 die Debatte über die künftige Rolle emissionsintensiver Brennstoffe in der Energieversorgung. Noch wird diskutiert, inwieweit sich das Ziel der internationalen Gemeinschaft, die durchschnittliche globale Erwärmung auf deutlich unter zwei Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen, auf die deutschen und europäischen Klimaziele auswirken muss. Doch es liegt auf der Hand, dass die auch in Deutschland gefeierte Vereinbarung von Paris zumindest nicht zu einer Absenkung

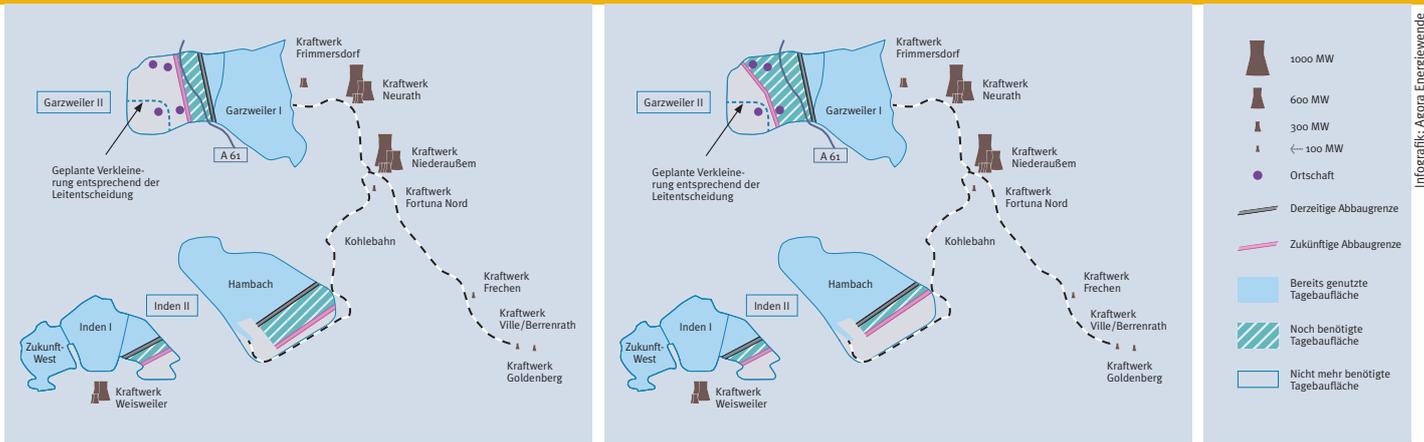
des Ambitionsniveaus der deutschen Klimapolitik führen kann.

Was wird aus dem Rheinischen Revier?

Die von Bundestag und Bundesregierung mehrfach einvernehmlich vereinbarten Klimaschutzziele bedeuten, dass nur noch etwa die Hälfte der bisher zur Förderung genehmigten Braunkohlevorräte verbrannt werden darf. Das ergeben die Berechnungen, die dem Agora-Vorschlag für einen Ausstieg aus der Kohleverstromung bis 2040 zugrunde liegen. Demnach muss der Stromsektor seine Treibhausgasemissionen bis 2050 um mindestens 90 Prozent senken. Damit widerspricht die regionale Braunkohleplanung in den drei deutschen Revieren derzeit erheblich den nationalen Erfordernissen. In NRW ist die kürzlich getroffene Leitentscheidung der Landesregierung zur Verkleinerung der Abbaumenge im Tagebau Garzweiler II ein Schritt in die richtige Richtung. Die verbleibende genehmigte Fördermenge in den Tagebauen Garzweiler, Hambach und Inden ist jedoch nach wie vor zu hoch, wenn der Bund seine Klimaschutzziele einhalten will.

Für das Rheinische Revier bedeutet die bundespolitische Beschlusslage nach den Agora-Analysen, dass die Braunkohleförderung etwa ab Mitte der 2020er-Jahre auf einen der beiden Großtagebaue Hambach oder Garzweiler reduziert werden kann.

→ weiter auf Seite 4



Infografik: Agora Energiewende

Tagebaunutzung* im Rheinischen Revier bei einer Fokussierung auf den Tagebau Hambach (Option 1)

Soll die Braunkohleförderung auf Hambach konzentriert werden, könnte der Abbau im Tagebau Garzweiler II etwa 2023 enden. Die Förderung im Tagebau Hambach würde noch bis zur Stilllegung der beiden modernsten Kraftwerksblöcke am Standort Neurath im Jahr 2039 fortgeführt. Der Tagebau Garzweiler II würde dann etwa entlang der heutigen Autobahn A 61 enden. Damit könnte über die Orte Holzweiler, Hauerhof und Dackweiler hinaus auf noch weitere Umsiedlungen verzichtet werden.

Tagebaunutzung* im Rheinischen Revier bei einer Fokussierung auf den Tagebau Garzweiler II (Option 2)

Soll dagegen die Braunkohleförderung im weiteren Verlauf auf den Tagebau Garzweiler II fokussiert werden, könnte der Tagebau Hambach ab etwa dem Jahr 2024 stillgelegt werden. Das würde bedeuten, dass ein Teil des Hambacher Forstes erhalten werden könnte.

* Darstellung auf Basis DEBRIV (2016), DIW (2014). Die Darstellung der zukünftigen Tagebaunutzung basiert auf Berechnungen zu den noch verfügbaren und benötigten Braunkohlemengen. Für die Darstellung wurde unterstellt, dass sich die verfügbaren Braunkohlemengen gleichmäßig über die Tagebaufläche verteilen.

Den Strukturwandel aktiv gestalten

Ziel des Agora-Vorschlags ist es, den unausweichlichen Ausstieg aus der Kohleverstromung ohne Strukturbrüche zu gestalten. Das erscheint möglich und auch realistisch, weil zum einen die Zahl der betroffenen Arbeitsplätze insgesamt deutlich kleiner ist als beim bereits weitgehend bewältigten Strukturwandel im westdeutschen Steinkohlebergbau und in den ost- und mitteldeutschen Braunkohlerevieren im Zuge der Wiedervereinigung. Zum anderen erleichtert der für die Transformation zur Verfügung stehende Zeitraum von mehr als 20 Jahren die Aufgabe, den Strukturwandel ohne größere Verwerfungen zu gestalten. Ein kalkulierbarer Übergang erscheint auch wegen der sich weiter zuspitzenden ökonomischen Situation bei RWE ratsam. Angesichts der Altersstruktur der RWE-Kraftwerke und der aktuell und auch in der Perspektive niedrigen Börsenstrompreise gewinnt ein staatlich flankierter, im Konsens vereinbarter Ausstiegsfahrplan auch für das Unternehmen an Attraktivität.

Die folgenden Eckpunkte hält Agora Energiewende bei einem gut strukturierten Ausstieg aus der Kohleverstromung für zentral:

Runder Tisch Nationaler Kohlekonsens:

Der von Agora Energiewende vorgeschlagene Runde Tisch ist eine Bedingung dafür, dass der bereits begonnene Strukturwandel im weiteren Verlauf sozialverträglich, fair und zu möglichst geringen Kosten erfolgen kann. Eine erfolgreiche Umgestaltung der Braunkohleregionen wäre ein wichtiger Nachweis für den Fortbestand des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Deutschland und gleichermaßen für die Problemlösungskompetenz der Politik.

Gesetzliche Verbindlichkeit:

Eine verlässliche Regelung erfordert ein klares Enddatum für die Kohleverstromung, einen definierten Ausstiegspfad und Rechtssicherheit für alle Beteiligten. Die Einigung sollte deshalb am Ende des Dialogprozesses in Gesetzesform gefasst und von Bundestag und Bundesrat verabschiedet werden. Agora Energiewende schlägt vor, das Jahr 2040 als Enddatum der Kohleförderung und -nutzung zu wählen. Dies ermöglicht Bergbauregionen und Energiewirtschaft insgesamt einen Übergangszeitraum von fast einem Vierteljahrhundert und der Bundesregierung die Einhaltung ihrer Klimaschutzziele.

Ausstiegsfahrplan:

Auch ohne weitere staatliche Steuerung würden nach und nach alte Kohlekraftwerke abgeschaltet. Die dem Vorschlag zugrunde liegenden Berechnungen zeigen jedoch: Bis 2050 würde so der Klimaschutz-Zielpfad der Bundesregierung insgesamt um etwa eine Milliarde Tonnen CO₂ überschritten – allein im Stromsektor. Daher benötigt der Kohleausstieg einen Fahrplan. Dieser soll dem Grundsatz folgen, dass möglichst geringe volkswirtschaftliche Kosten entstehen. Die Reihenfolge der Stilllegungen sollte sich dazu an den CO₂-Vermeidungskosten orientieren. Vertiefende Analysen ergaben, dass das Alter der Anlagen sich stark auf ihre Effizienz auswirkt und damit auch auf die CO₂-Vermeidungskosten. Daher schlägt Agora Energiewende einen Abschaltplan entlang der Inbetriebnahmejahre der Kraftwerke vor, der im Jahr 2040 mit der Stilllegung der letzten Kraftwerke endet.

Strukturwandelfonds:

Für die betroffenen Regionen geht es um die Zukunftsperspektive einer tragfähigen regionalen Wirtschaftsstruktur ohne die Braunkohle. Im Bundeshaushalt sollte dazu ein „Strukturwandelfonds Braunkohleregionen“ eingestellt werden, der über die gesamte Transformationsphase mit jährlich 250 Millionen Euro ausgestattet wird. Die Aufteilung auf die drei Braunkohlereviere würde sich an der Zahl der betroffenen Arbeitsplätze orientieren. Über die Verwendung der Mittel sollen die Landesregierungen entscheiden, auf deren Territorium derzeit Braunkohle abgebaut wird.

Alles spricht dafür, dass die Debatte über das Ende der Kohleverstromung nicht aufhört. Sie liegt im Interesse aller, auch der Regionen, die die größten Veränderungen bewältigen müssen. Denn Planungssicherheit und Verlässlichkeit sind erste Voraussetzungen für den Aufbruch in die Zukunft. Je früher sich die Beteiligten auf einen gemeinsamen Weg verständigen, umso größer sind die Chancen für den möglichst reibungslosen Übergang.

Agora Energiewende ist ein Geschäftsbereich der gemeinnützigen Smart Energy for Europe Plattform (SEFEP) GmbH. Deren Gesellschafter sind die Stiftung Mercator und die European Climate Foundation. Dr. Patrick Graichen ist Direktor der in Berlin angesiedelten Agora Energiewende, Dr. Gerd Rosenkranz ist Leiter Grundsatzfragen, Philipp Litz ist Referent im Bereich Klimaschutz. Eine ausführlichere Darstellung bietet die Publikation „Was bedeuten Deutschlands Klimaschutzziele für die Braunkohleregionen?“ → Download unter www.agora-energiewende.de